

Arbeit statt Armut - Mindestsicherung und Beschäftigungspolitik

Finanzwissenschaftler Prof. **Ronnie SCHÖB**¹ im Auftrag von WPZ Wien – St. Gallen
ronnie.schoeb@fu-berlin.de

Das Wirtschaftspolitische Zentrum WPZ arbeitet mit international renommierten Forschern zusammen, um die Erkenntnisse der modernen Volkswirtschaftslehre zugänglich aufzubereiten und die öffentliche Diskussion und demokratische Entscheidungsfindung mit sachlichen Argumenten zu unterstützen. Für telefonische Rückfragen an den Autor, Professor Schöb, Tel. +49-30-83851240, und an Professor Keuschnigg, Direktor WPZ, Tel. +43-699-10494150

Das Wichtigste in Kürze

1. Die Sicherstellung einer Mindestsicherung durch eine aktivierende Beschäftigungspolitik setzt auf eine umfassende Integration der Menschen in das gesellschaftliche Leben anstatt auf eine dauerhafte, alimentierte Exklusion. Sie sichert Bedürftigen dadurch nicht nur ein existenzsicherndes Einkommen, sondern darüber hinaus auch die soziale Identität und das daraus erwachsende Selbstbild der Betroffenen.
2. Die deutsche Arbeitsmarktpolitik seit 2005 war in dieser Hinsicht sehr erfolgreich. So führte die in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts einsetzende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Zusammenspiel mit dem durch die Hartz-Reformen erhöhten angebotsseitigen Druck zu einer Kehrtwende auf dem Arbeitsmarkt. Armut wurde durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze bekämpft. Die Arbeitslosenrate fiel von rund 12 Prozent im Jahr 2005 auf aktuell 5,5 Prozent. Auch die Zahl der schwer dauerhaft vermittelbaren Arbeitslosen, gemessen an der Zahl der arbeitslos gemeldeten Arbeitslosengeld II-Empfänger, sank von 2005 bis 2016 um 37 Prozent.
3. Die Hartz-Reformen folgten dem Grundprinzip des „Förderns und Forderns“. So wurde einerseits die großzügigere Arbeitslosenhilfe durch das geringere, nur existenzsichernde Arbeitslosengeld II ersetzt. Andererseits wurden Hinzuverdienstmöglichkeiten geschaffen. Derzeit nutzen rund 1,2 Millionen Leistungsempfänger die Hinzuverdienstmöglichkeiten. Das österreichische Pendant zum Arbeitslosengeld II stellt die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) dar.
4. In Deutschland können damit die Empfänger des Arbeitslosengeldes II bis zu 300 Euro pro Monat hinzuverdienen. Die ersten 100 Euro des monatlichen Bruttoentgelts dürfen ohne Abzüge behalten werden, darüberhinausgehendes Arbeitseinkommen wird zu 80 Prozent auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. So kommt es, dass Ein-Personen-Haushalte erst bei einem monatlichen Bruttoeinkommen über 1.500 Euro und eine vierköpfige Familie erst bei einem monatlichen Bruttoeinkommen über 2.700 Euro keinen Anspruch mehr auf ergänzendes Arbeitslosengeld II haben. Die Hinzuverdienstmöglichkeiten sind für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung in Österreich deutlich strenger konzipiert. Es besteht bereits ab einem monatlichen Einkommen von 505 Euro kein finanzieller Anreiz zur zusätzlichen Erwerbstätigkeit.

¹ Professor für Internationale Finanzwissenschaft, Freie Universität Berlin.

5. Neuere Studien zeigen, dass die Hinzuverdienstmöglichkeiten die Chancen vieler Langzeitarbeitslosen, im Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen, erhöhen und auch die Lebenszufriedenheit steigern.
6. Im Sinne eines „Förderns und Forderns“ werden weitergehende Maßnahmen diskutiert. Einerseits sollen die Hinzuverdienstmöglichkeiten deutlich verbessert werden, andererseits sollen die Leistungen des Arbeitslosengeldes II von der Bereitschaft abhängig gemacht werden, dafür im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen zu arbeiten. Die als ‚Workfare‘ bezeichnete Bindung der Grundsicherung an eine Gegenleistung erhöht die Arbeitsanreize und stellt sicher, dass die Grundsicherung für Erwerbsfähige nur diejenigen erhalten, die arbeiten wollen aber keine Arbeit finden.
7. Im Zuge der flexibleren Lohnsetzung, die entscheidenden Anteil an dem Beschäftigungsanstieg in Deutschland hatte, stieg der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten von 14,6 Prozent im Jahr 1994 auf 17,5 Prozent im Jahr 2005 und auf 18,9 Prozent im Jahr 2016 an. Er liegt damit um etwas mehr als drei Prozentpunkte über dem österreichischen Niveau. Allerdings ist dies ein irreführender Indikator zur Bewertung der deutschen Arbeitsmarktpolitik. Schaut man sich den Anteil aller Benachteiligten an, also Arbeitslose zusammen mit den Niedriglohneempfängern, so zeigt sich, dass dieser Anteil seit 2005 von 26,6 Prozent um über vier Prozentpunkte auf 22,2 Prozent (2016) gefallen ist. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum nahm dieser Anteil in Österreich um einen halben Prozentpunkt zu.
8. Durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat die aktivierende Politik des Förderns und Forderns in Deutschland ihre Wirkung weitgehend eingebüßt. Erste Evaluierungen zeigen, dass der Mindestlohn zwar keine Arbeitsplätze vernichtet hat, aber dass rund 60.000 weniger Neueinstellungen erfolgten. Dies betrifft vor allem Langzeitarbeitslose. Für über ein Drittel dieser Gruppe lag der Einstiegslohn vor der Einführung des Mindestlohns unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.

Wirtschaftspolitisches Zentrum WPZ

Forschung und Kommunikation auf Spitzenniveau für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Das Wirtschaftspolitische Zentrum (WPZ) ist eine Initiative der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie (FGN-HSG) an der Universität St. Gallen und ist folgenden Aufgaben gewidmet:

- Spitzenforschung mit Anwendungsbezug
- Wissenstransfer in die wirtschaftspolitische Praxis
- Förderung der wissenschaftlichen Nachwuchstalente
- Information der Öffentlichkeit

Unsere Aktivitäten in der Forschung reichen von wegweisenden Studien in Kooperation mit international führenden Wissenschaftlern bis hin zu fortlaufenden wirtschaftspolitischen Kommentaren. Damit wollen wir die wirtschaftspolitische Diskussion mit grundlegenden Denkanstößen beleben und eine konsequente Reformagenda für Österreich entwickeln, um die großen Herausforderungen besser zu lösen. Die Erkenntnisse und Ergebnisse der modernen Theorie und empirischen Forschung sollen zugänglich aufbereitet und kommuniziert werden, damit sie von Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit wahrgenommen und genutzt werden können und für die politische Entscheidungsfindung Relevanz entwickeln.

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Initiativen unterstützen und das WPZ weiterempfehlen. Informieren Sie sich auf www.wpz-fgn.com über unsere Aktivitäten und kontaktieren Sie uns unter office@wpz-fgn.com.

